

Pressekonferenz am 02.05.2018, 11.00 Uhr, telefonisch in Berlin
Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung
„Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter -
Gewalt gegen Lehrkräfte“
im Auftrag des VBE Bundesverbandes
(mit Stichproben für NRW und Baden-Württemberg)

Sprechzettel von Udo Beckmann
Bundesvorsitzender VBE

-Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor ziemlich genau eineinhalb Jahren haben wir das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte mit einer repräsentativen Lehrerbefragung aus der Tabuzone geholt. Damit haben wir die Schulministerien, die bis dahin gerne behaupteten, „Gewalt gegen Lehrkräfte“ sei nur ein Randphänomen, Lügen gestraft. Die Grundlage für diese Behauptung hatten sie sich selbst geschaffen. Statistiken, die Aufschluss darüber geben, wer von wem angegriffen wurde, werden nämlich entweder nicht geführt oder nicht veröffentlicht. Getreu dem Motto „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.

Es ist mehr als aufschlussreich, wenn man die Antworten von den Kultusministerien auswertet, die wir auf unsere Frage erhalten haben, ob in den Bundesländern Statistiken zu Gewaltvorfällen gegen Lehrkräfte geführt werden. Wir haben Ihnen das in einer Tabelle zusammengestellt. Manche lassen sich von ihren Schulämtern berichten, andere geben offen zu, dass nach wie vor entsprechende Statistiken nicht geführt werden; die nächsten haben sie zwar, aber veröffentlichen sie nur, wenn parlamentarische oder Medienanfragen eingehen. Die Antwort von Bremen bringt es auf den Punkt: „Auch wenn keine Statistik betreffend Gewaltvorfällen gegen Lehrpersonen geführt wird, können wir versichern, dass es nur um Einzelfälle geht [...].“ Entschuldigung, aber das ist, gelinde gesagt, absurd und hat mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, also Arbeitgebers, absolut nichts zu tun.

Mitte 2016 hatten wir uns dazu entschieden, forsa damit zu beauftragen, Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen zu ihren persönlichen Erfahrungen mit Gewaltvorfällen an ihrer Schule und sie selbst betreffend zu befragen. Die Ergebnisse waren erschütternd:

- Über die Hälfte der Befragten sagten, dass es an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren psychische Gewalt gegen Lehrkräfte gab; ein Viertel war selbst betroffen.
- 21 Prozent sagten, dass es an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren körperliche Übergriffe gegen Lehrkräfte gegeben hat; 6 Prozent waren selbst betroffen. Hochgerechnet sind das 45.000 Lehrkräfte – und ganz bestimmt keine Einzelfälle.

Die Umfrage haben wir im November 2016 veröffentlicht und das Echo, das wir damals hervorgerufen haben, hallt bis heute nach. Im Mai 2017 folgte eine Broschüre mit einem großen bundeslandspezifischen Serviceteil für Lehrkräfte.

Heute darf ich Ihnen aktuelle Zahlen vorstellen. ForSA hat in unserem Auftrag diesmal – bundesweit repräsentativ – 1.200 Schulleitungen befragt, ob es an ihrer Schule Fälle von körperlicher Gewalt oder von psychischer Gewalt – sowohl direkt als auch über das Internet – gibt und ob sie die Lehrkräfte ausreichend unterstützen können.

Obwohl bei dem Thema an sich nicht viel Freude aufkommt, stimmt es uns zuversichtlich, dass das Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ sichtbar aus der Tabuzone herauskommt. Noch vor eineinhalb Jahren sagten 57 Prozent der befragten Lehrkräfte, dass mit dem Thema nicht weitgehend offen umgegangen wird, sondern es ein Tabu-Thema ist. In der Befragung der Schulleitung sagen dies nur noch 39 Prozent. Das ist ein erster Schritt für mehr Transparenz. Wir sehen aber immer noch, dass Frauen das negativer bewerten als Männer. Zudem lässt uns aufmerken, dass mehr als die Hälfte der jüngeren Schulleitungen unter 40 Jahren „Gewalt gegen Lehrkräfte“ als Tabu-Thema empfindet. Wir sehen hier den Trend bestätigt, dass gerade jüngere Schulleitungen ihren Beruf negativer sehen. Das haben wir im März mit der Berufszufriedenheitsumfrage unter Schulleitungen bereits aufgezeigt gehabt.

Auch wenn es vielen so vorkommt, als wäre „Gewalt an Schulen“ ein neues Thema, wissen wir doch, dass nun einfach mehr darüber berichtet wird. Das ist für uns ein Zeichen einer inzwischen offeneren und transparenteren Schulkultur, Gewaltvorfälle nicht oder auch: nicht mehr zu verschweigen. Viel zu lange führte die Angst vor einem möglichen Reputationsverlust der Schule zu einer „Kultur des Schweigens“. Diese wird übrigens bis heute von den allermeisten Kultusministerien geleugnet; das kann den Antworten, die wir auf unsere Anfragen erhalten haben, entnommen werden. Wenngleich es Einzelne gibt, die sich zumindest damit auseinandersetzen, dass Fälle unter anderem aus Scham nicht angezeigt oder anderweitig verfolgt werden.

Als Bundesvorsitzender habe ich selten Grund, die Kultusministerkonferenz (KMK) zu loben, aber in diesem Kontext gibt es heute die Gelegenheit. Ich zitiere dafür die Stellungnahme des KMK-Generalsekretärs Udo Michallik. Er schrieb, dass „alle Involvierten vor Ort den Mut zum Handeln haben müssen und Vorfälle an Schulen weder verschwiegen noch bagatellisiert werden dürfen“. Es freut uns sehr, dass Politik den Ernst der Lage erkannt hat. Das zeigt sich auch darin, dass der aktuelle KMK-Präsident, der Thüringer Schulminister Helmut Holter, dieses Thema in der nächsten KMK-Sitzung Mitte Juni 2018 auf die Agenda gesetzt hat. Dass das dringend notwendig ist, zeigen die Befragungsergebnisse.

Ich will vorher aber noch kurz etwas verdeutlichen: Es geht um Angriffe gegen erwachsene Menschen. Menschen, die mit hohem Engagement die gesellschaftlichen Herausforderungen von Inklusion, Integration und steigender Heterogenität annehmen, Kinder unterrichten und sich angesichts fehlender Ressourcen zerreißen, um die junge Generation in Gebäuden von gestern und mit technischen Mitteln von vorgestern auf ein morgen vorzubereiten, von dem wir alle nicht wissen, wie es aussehen wird. Eine permanente Mangelsituation und dazu die Anforderungen der Gesellschaft, die Schule gerne als Reparaturbetrieb sieht: Das erzeugt Druck! Und zwar auf allen Seiten.

Zurück zum Thema.

Wir haben also durch forsa 1.200 Schulleitungen fragen lassen, welche Formen von Gewalt gegen Lehrkräfte in den letzten fünf Jahren an ihrer Schule aufgetreten sind.

In den letzten fünf Jahren gab es:

- an der Hälfte der Schulen direkte psychische Gewalt gegen Lehrkräfte,
- an einem Fünftel Cybermobbing,
- an jeder vierten Schule körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte.

Die Zahlen bewegen sich demnach in einem ähnlichen Rahmen wie bei der Befragung der Lehrkräfte, sind aber aufgrund der unterschiedlichen Befragungsgruppen nicht direkt miteinander vergleichbar. Wir sehen aber: Lehrkräfte sagten öfter als Schulleitungen, dass es direkte Beschimpfungen gab und deutlich öfter, dass es Mobbing über das Internet gab. Daraus ist abzuleiten, dass nicht jeder Konflikt an die Schulleitung herangetragen wird – aus welchen Gründen auch immer. In allen Fällen bleibt es dabei, dass es in der Regel für die Betroffenen eine psychische Belastung ist.

Bei der ersten Erhebung hatten wir erwartet, dass die Zahlen hoch sind, waren aber über das tatsächliche Ausmaß trotzdem überrascht. Dass sich die Zahlen auf so hohem Niveau einpendeln und wir nun auch von den Schulleitungen ähnliche Einschätzungen erhalten, zeigt einmal mehr, dass die Kultusministerien mit ihren Einschätzungen zu „Einzelfällen“ nach wie vor schlicht falsch liegen.

Fatal wird es dann, wenn die Lehrkräfte nicht ausreichend unterstützt werden können. Wenn sie also nach einem Angriff gegen sich nicht die notwendige Rückendeckung erhalten, die es braucht, um den Angriff zu verarbeiten und damit zukünftig ähnliche Angriffe derselben Aggressoren gegen sich oder jemand aus dem Kollegium zu vermeiden.

Wir hatten im November 2016 die Lehrkräfte gefragt, wie gut sie sich durch das Kollegium und die Schulleitung unterstützt fühlen. Leicht unterschiedlich je nach Gewaltart fühlten sich zwei Drittel bis drei Viertel gut von ihrer Schulleitung unterstützt. Zudem fühlten sich nahezu alle insbesondere bei körperlicher Gewalt vom Kollegium unterstützt. Bei psychischer Gewalt nur noch 62 Prozent. Das basiert unseres Erachtens auch darauf, dass die Scham, über solche Vorfälle zu sprechen, hoch ist. Wir haben damals auch gesehen: Viele nehmen die Probleme mit nach Hause; viele suchen Rat bei der Partnerin oder dem Partner.

Nun haben wir die Schulleitungen gefragt, ob es (ich zitiere) „in den allermeisten Fällen gelungen ist, die Kolleginnen und Kollegen in Fällen von Gewalt ausreichend zu unterstützen“. Das muss nicht nur die Betreuung durch die Schulleitung sein, sondern kann natürlich auch meinen, dass die Schulleitung einschätzt, dass durch die kollegiale Unterstützung oder Gespräche mit Schulpsychologen der Vorfall gut bewältigt werden konnte. Und ja, natürlich freuen wir uns, dass 87 Prozent der Befragten das bejahen.

Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Jede zehnte Schulleitung schätzt ein, dass die Lehrkräfte nach einem Vorfall nicht ausreichend unterstützt werden konnte.

Die Gründe dafür haben wir auch abfragen lassen.

- 63 Prozent sagen, dass sich betroffene Schülerinnen und Schüler uneinsichtig zeigten.
- 59 Prozent bemängeln, dass Eltern nicht kooperationswillig waren.
- Jede dritte Schulleitung sagt, dass sich das Schulministerium des Themas nicht ausreichend annimmt - und das ist doch skandalös!
- Jede fünfte Schulleitung gibt an:
 - o die Meldung ist zu bürokratisch,
 - o sie haben zu viele andere Aufgaben,
 - o eine Meldung führe zu Reputationsverlusten,
 - o und die Schulverwaltung nimmt sich des Themas nicht ausreichend an.
- Zudem sagen 11 Prozent, dass die Meldung von Vorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei.
- Aber nur 8 Prozent beklagen, dass die Unterstützung im Kollegium fehlte.

Wir sehen: Neben schwierigen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern ist das größte Problem der fehlende Rückhalt aus Verwaltung und Politik. Und hier schließt sich der Kreis. Wer keine Statistik führt, kann die Augen davor verschließen, dass noch viel mehr Maßnahmen und wichtige Entlastungen der Schulleitungen notwendig wären, um bessere Präventionsarbeit leisten zu können und im Falle eines Falles optimal zu unterstützen. Und wenn dann immer mehr Aufgaben an die Schulleitung übertragen werden und die Meldung von Vorfällen möglichst bürokratisch organisiert wird, zum Beispiel mehrere Meldebögen ausgefüllt und an verschiedene Stellen geschickt werden müssen – behält man recht, weil längst nicht alle Fälle angezeigt werden. Das hat Methode!

Der VBE fordert deshalb von der Politik:

- Statistiken müssen geführt und von den Kultusministerien veröffentlicht werden.
- Lehrkraft und Schulleitung müssen die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten. Dazu zählt auch die unbürokratische Meldung und schnelle Hilfe nach einem Vorfall.

Außerdem sehen wir einen klaren Zusammenhang zwischen dem Ressourcenmangel an Schule, dem Bild von Schule als Reparaturbetrieb der Gesellschaft und damit verbunden den enttäuschten Erwartungen von allen Seiten. Deshalb fordern wir mehr Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Dringend notwendig ist zum Beispiel die Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams mit Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und weiteren Fachkräften.

Zudem müssen die Lehrkräfte besser auf den Umgang mit Heterogenität und das Verhalten in Konfliktsituationen vorbereitet werden. Hierfür braucht es ein breites Fortbildungsangebot.

Eines ist doch klar: Nur wenn es gelingt, nachhaltige Erziehungspartnerschaften mit Eltern aufzubauen, genügend Zeit und Möglichkeit für intensive Beziehungsarbeit mit den Kindern zu haben und sich auf die Rückendeckung des Arbeitgebers verlassen zu können, haben wir eine Chance, Angriffe gegen Lehrkräfte zu vermeiden, weil wir die Ursachen bekämpfen. Dafür müssen die Bildungsministerien weg von dem Märchen vom Einzelfall und der Ressourcenverweigerung als bildungspolitischer Methode. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen und vor allem: Haltung zeigen!